Zeitschrift: Heimatschutz = Patrimoine
Herausgeber: Schweizer Heimatschutz
Band: 95 (2000)
Heft: 3

Rubrik: Kurz und bündig

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kurz und bündig

Aus für Beschwerderechtsgegner

Am 22. Juni hat der Nationalrat die parlamentarische Initiative von Hans Fehr (SVP, Zürich), welche das Verbandsbeschwerderecht für Heimat-, Natur- und Umweltschutzorganisationen abschaffen wollte, mit 102 zu 69 Stimmen deutlich abgelehnt. Es ist zu hoffen, dass dieses in den letzten Jahren von Fehr und andern Parlamentariern mehrmals aufgegriffene und gescheiterte Ansinnen damit für längere Zeit vom Tisch ist, zumal die Beschwerdegegner bisher mehr durch unhaltbare Polemiken als durch überzeugende Argumente in Erscheinung getreten sind.

Heimatschutz-Erfolge

Der Luzerner Schweizerhofquai wird nicht neu gestaltet (siehe «Heimatschutz» 2/00). Die Stimmbürger der Reussstadt haben ein entsprechendes Projekt im Aufwand von 4,6 Millionen Franken mit 11 367 zu 10 512 abgelehnt. In Lugano hat der Souverän mit 3182 zu 2810 Stimmen eine Initiative verworfen, welche eine Schutzklausel im Bebauungsplan um das seit 30 Jahren leerstehende «Palace» aufheben wollte. Nun soll darin ein Kultur- und Geschäftszentrum entstehen, und die Fassaden des legendären Hotels bleiben erhalten. Schliesslich haben die Winterthurer(innen) mit 21 839 Ja gegen 7946 Nein dem Verkauf des ehemaligen Stadttheaters an eine Künstlergruppe um den Kabarettisten Viktor Giacobbo deutlich zugestimmt. Die Gruppe will das historische Gebäude sanft renovieren und als Kabarett-Zentrum nutzen. In allen drei Fällen waren in wichtigen Phasen Heimatschutz-Sektionen engagiert.

Appetit auf alte Hotels

Unter der Federführung der Luxemburger Richemond Hotels Holding hat eine Gruppe von Industriellen aus Frankreich, Belgien und der Schweiz sechs Schweizer Luxushotels zusammengekauft, worunter architektonisch bedeutsame Bauten. Begonnen hatte der Einkaufsbummel mit dem Hotel «Richemond» in Genf. Danach war das «Dreikönige» in Basel an der Reihe, das auf das 11. Jahrhundert zurückgeht und das älteste Hotel Europas ist. Es folgten der «Schweizerhof» in Bern, der Bürgenstock-Komplex am Vierwaldstättersee, das «Royal-Savoy» in Lausanne und zuletzt das Hotel Sheraton Atlantis in Zürich. Die Gruppe will die Gebäude mit über 100 Millionen Franken modernisieren und deren Gesamtkapazität von 800 auf 1000 Zimmer erhöhen. Geführt werden sollen die Hotels von einer schweizerischen Gesellschaft.

BRP mit neuem Chef

Der Bundesrat hat den seit drei Jahren an den ETH Lausanne und Zürich wirkenden Professor Pierre-Alain Rumley zum Direktor des neuen Bundesamtes für Raumentwicklung gewählt. Der 50-jährige Neuenburger Sozialdemokrat hat ursprünglich Geographie studiert und ein Nachdiplomstudium in Raumplanung absolviert, wurde dann Regionalsekretär des Val-de-Travers und war von 1985 bis 1997 Chef des Raumplanungsamtes des Kantons Neuenburg. In Bern löst er den bereits nach 18 Monaten wieder aus dem Bundesamt für Raumplanung geschiedenen und in die Privatwirtschaft eingestiegenen Ueli Widmer ab. Seit 1. Juni ist übrigens die Raumplanung dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation von Bundesrat Moritz Leuenberger unterstellt, wo das Amt zusätzliche Aufgaben in den Bereichen Verkehr, Alpenkonvention und nachhaltige Entwicklung übernommen hat und Bundesamt für Raumentwicklung heisst.

Landschaftsrappen gekürzt

Auf Mitte Juli ist eine revidierte Bundesverordnung für die Abgeltung von Verzichten auf Wasserkraftnutzung in Kraft getreten. Im Mittelpunkt steht eine von 50 auf 25 Prozent des entgangenen Wasserzinses gesenkte Entschädigungspauschale, eine Preisreduktion für niederwertige Energie von 10 auf 6 Rappen pro Kilowattstunden und eine neue Berechnungsformel für die Realisierungschancen von Kraftwerkprojekten. Die jährlich für den Landschaftsschutz zur Verfügung stehenden Mittel werden statt 2,3 nur noch 1,8 Millionen Franken betragen.

Katastrophales Moratorium

Der Zürcher Kantonsrat hat eine von SVP-Seite eingebrachte und vom Regierungsrat als bundesgesetzwidrig abgelehnte Motion für einen zehnjährigen Vollzugsstopp für neue Landschaftsschutzmassnahmen mit 83 gegen 76 Stimmen in ein Postulat umgewandelt und überwiesen. Die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz hält dies für einen «katastrophalen Fehlentscheid und ein Eigentor kapitalen Ausmasses». Ein Landschaftsschutzstopp sei nicht nur krass bundesrechtswidrig, sondern würde auch die ökologische Agrarreform zu Grabe tragen.

Mobil machen

Landschaftsschutz wird offensiv

Angesichts widersprüchlicher politischer Signale und der Tatsache, dass der Landschaftsschutz in die Defensive geraten und der Umweltschutz von der Traktandenliste des Parlaments verschwunden sei und zudem immer mehr Deregulierungen um sich greifen, will die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz in nächster Zeit mit provokativen Vorschlägen hervortreten und darüber eine öffentliche Diskussion auslösen. Mit einer neuen Raumplanungsstrategie soll der Verbrauch noch unverbauten Bodens gebremst werden. Zudem seien die Kompetenzen des Bundes in den Bereichen Umweltschutz, Raumplanung und Baurecht zu harmonisieren, Bundeserlasse auf ihre Nachhaltigkeit zu überprüfen, die Subventionstätigkeit streng zu kontrollieren, die überregionale Standortplanung zu verstärken, für kommunale Nutzungs- und kantonale Richtpläne das Verbandsbeschwerderecht einzuführen und weitere Schutzgebiete festzulegen.